Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8514**

14. Wahlperiode 13. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
– Drucksache 14/8034 –

Nutzung satellitengestützter Erdbeobachtungsinformationen

A. Problem

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Nutzungsmöglichkeiten von satellitenbasierten Erdbeobachtungssystemen für ihre Aufgaben im Detail zu analysieren und dabei zu prüfen, welche Einsparmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen den notwendigen Investitions- und Folgekosten gegenüberstehen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/8034 – anzunehmen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende und Berichterstatterin

Lothar Fischer (Homburg)
Berichterstatter

Ilse Aigner
Berichterstatterin

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Angela Marquardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Lothar Fischer (Homburg), Ilse Aigner, Hans-Josef Fell, Ulrike Flach und Angela Marquardt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 212. Sitzung am 24. Januar 2002 den Antrag – Drucksache 14/8034 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellenden Fraktionen erklären, dass detaillierte Kenntnisse über den Zustand und die Entwicklungstrends unserer Umwelt wichtige Voraussetzungen für ein verantwortungsbewusstes und nachhaltiges „Erdmanagement“ seien. Darunter verstehen sie die Umsetzung einer Politik, die sich an Kriterien wie Umweltverträglichkeit, Ressourcenschonung, Arbeitsplatzsicherheit und Nachhaltigkeit ausrichtet. Die potenziellen „Nutzer“-Ressorts würden auf Fernerkundung basierende Informationsquellen bislang nur in sehr geringem Umfang verwenden. Sie stünden allerdings vor der Herausforderung, sich die im Einsatz dieser Informationsquellen liegenden Chancen besser zu erschließen und darüber hinaus die Anforderungen an eine europäische „Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung“ (GMES) mitzugestalten. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die Ressorts zu veranlassen, die Möglichkeiten einer Nutzung derartiger Erdbeobachtungssysteme für ihre Aufgaben im Detail zu analysieren und zu prüfen, welche Einsparmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen den notwendigen Investitions- und Folgekosten gegenüberstehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Von allen mitberatenden Ausschüssen wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/GRÜNEN und FDP die Annahme des Antrags empfohlen. Die Fraktion der PDS hat sich im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ebenfalls für die Vorlage ausgesprochen; in den Ausschüssen für Wirtschaft und Technologie, für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat sie gegen den Antrag gestimmt und sich im Innen- und Verteidigungsausschuss der Stimme enthalten. Im Ausschuss für Tourismus war die Fraktion der PDS bei der Abstimmung nicht zugegen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und die vorgenannte Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS verabschiedet.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird erklärt, dass die moderne Satellitentechnologie neue Märkte eröffne und effiziente Anwendungsmöglichkeiten in verschiedenen Politikbereichen biete. Nun gehe es darum, die satellitengestützte Erdbeobachtung in die operationelle Nutzung zu überführen. Um dieses Ziel zu erreichen, liege der zu beschließende Antrag vor, an dessen Vorbereitung alle neun potenziellen Nutzer-Ressorts beteiligt gewesen seien. Als positiv werde bewertet, dass die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP diesen Antrag mittragen. Die Fraktion der SPD werde dem Antrag zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird es für richtig erachtet, den Schritt über die reine Forschungstätigkeit hinaus in die konkrete Nutzung der erworbenen Kenntnisse weiterzugehen. Das GMES werde ein System sein, um nicht nur Daten aufzunehmen, sondern sie auch zu verwerten. Die Fraktion der CDU/CSU werde dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird die Freude über den gemeinsamen interfraktionellen Antrag geäußert, der die Wichtigkeit des Themas aufzeige. Hervorgehoben werde der Nutzen für die Umwelt und die vielfältigen weiteren Nutzungsmöglichkeiten, z. B. der Hochwasservorsorge oder des Küstenschutzes. Es sei wichtig, die vorhandene Datenfülle auch endlich zu nutzen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme dem Antrag zu.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird der gemeinsame Antrag begrüßt. Allerdings werde bedauert, dass der Antrag in vielen Punkten unkonkret geblieben sei; detailliertere Angaben würden fehlen. Trotzdem werde die Fraktion der FDP dem Antrag zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wird daran erinnert, dass sich der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages gegen ein zusätzliches Datenfernerkundungssystem ausgesprochen habe. Außerdem bestehe die Gefahr, ökonomische Zielsetzungen mit Hilfe von militärischen Mitteln, als was die Fraktion der PDS die Satelliten ansehe, durchzusetzen. Die Fraktion der PDS habe deshalb nicht nur fiskalische, sondern auch inhaltliche Bedenken gegen den Antrag und werde ihn ablehnen.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird die intensive Diskussion zwischen den Fraktionen im Deutschen Bundestag und den verschiedenen Fachressorts begrüßt. Es hätten

ernsthafte Gespräche zwischen den potenziellen Nutzer-Ressorts und den Fachpolitikern stattgefunden, die letztendlich zu dem vorliegenden Antrag geführt hätten.

Berlin, den 20. Februar 2002

Lothar Fischer (Homburg)
Berichterstatter

Ilse Aigner
Berichterstatterin

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatterin

Angela Marquardt
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333